

Forschungsgemeinschaft für Nationalökonomie (Hrsg.)

Walter Adolf Jöhr-Vorlesung 2000

an der Universität St. Gallen

Prof. Dr. Peter Bernholz

Globalisierung und Umstrukturierung der Wirtschaft: Sind sie neu?

St. Gallen, September 2000

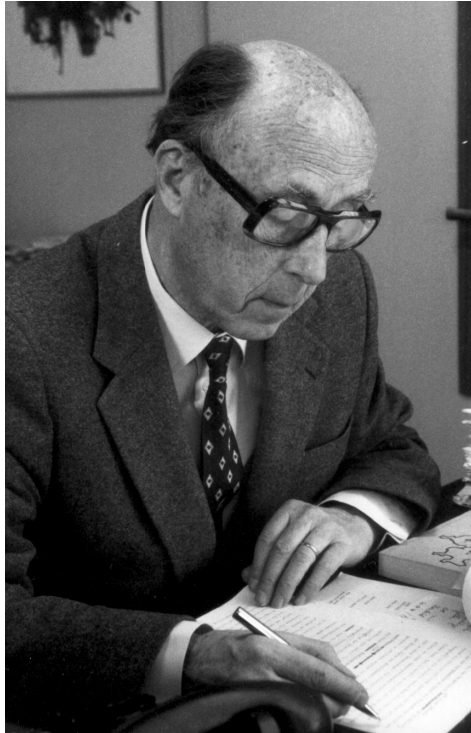
Herausgeberin: Forschungsgemeinschaft für Nationalökonomie
an der Universität St. Gallen
Dufourstrasse 48, CH-9000 St. Gallen
Tel. 224 23 00
Fax 224 26 46

Auflage: 1000

Copyright: Forschungsgemeinschaft für Nationalökonomie,
September 2000

Druck: Difo-Druck GmbH
Laubanger 15, DE-96052 Bamberg

Walter Adolf Jöhr-Vorlesung an der Universität St. Gallen



Walter Adolf Jöhr

Die Walter Adolf Jöhr-Vorlesungen finden seit 1988 in jährlichem Abstand an der Universität St. Gallen statt. Ins Leben gerufen wurde diese Vortragsreihe zu Ehren von Professor Dr. Walter Adolf Jöhr (1910 - 1987), der von 1937 an fünfzig Jahre lang an der Universität St. Gallen wirkte. Als Rektor nahm Professor Jöhr in den Jahren 1957 bis 1963 entscheidenden Einfluss auf die Entwicklung der Universität. Die Forschungsgemeinschaft für Nationalökonomie an der HSG wurde von Professor Jöhr gegründet und massgeblich geprägt. Dem Wissenschaftler Walter Adolf Jöhr haben wir verschiedene bahnbrechende Publikationen aus dem Bereich der Volkswirtschaftslehre zu verdanken.

Prof. Dr. Peter Bernholz

Globalisierung und Umstrukturierung der Wirtschaft: Sind sie neu?

1. Einführung

Fast überall finden heutzutage Diskussionen über die Globalisierung der Wirtschaft und die Umstrukturierung von Industrien statt. Die einen halten es für nötig, sich diesen Fragen zu stellen, um die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Wirtschaft zu erhalten. Andere, speziell in Kontinentaleuropa, beklagen die Auswirkungen der Globalisierung und fordern, dass sich die Gesellschaft gegen den drohenden Abbau des Wohlfahrtsstaates, gegen die Deregulierung, Privatisierung, flexiblere Arbeitsmärkte und gegen einen sinkenden Anteil der Staatsausgaben am Bruttoinlandsprodukt wehrt. Die erstere Sichtweise hält nur eine Anpassung an die Kräfte der Globalisierung für geeignet, das bestehende Niveau wirtschaftlichen Wohlstands beizubehalten oder zu vergrössern, während die letztere glaubt, dass allein der Widerstand gegen den globalen Wettbewerb zu diesem Ziel führt.

Wir kommen auf diese Fragen später noch zurück. Zunächst jedoch möchten wir zeigen, dass „Umstrukturierung“ und „Globalisierung“ der Wirtschaft keineswegs neue oder erst seit kurzem auftretende Erscheinungen sind. Es scheint ratsam zu sein, die Gründe für die so bezeichneten Entwicklungen zu untersuchen, um die oben gestellten Fragen beantworten zu können. Betrachtet man die empirischen Fakten, dann wird deutlich, dass die mit jenen modischen Begriffen beschriebenen Entwicklungen schon lange wirksam sind. Man kann sogar sagen, dass sie schon seit 150 Jahren wohlbekannt sind und als empirische Basis für verschiedene Theorien des Imperialismus gebraucht wurden, einschliesslich der marxistischen Erklärungen, welche von Hilferding (1910) oder Lenin (1917/33) vertreten wurden. Marx und Engels haben vermutlich als erste diese Be-

ziehungen im Rahmen eines kapitalistischen Systems in ihrem „Manifest der Kommunistischen Partei“ von 1848 klar erkannt:¹

„Die Bourgeoisie hat in ihrer kaum hundertjährigen Klassenherrschaft massenhaftere und kolossalere Produktionskräfte geschaffen als alle vergangenen Generationen zusammen. Unterjochung der Naturkräfte, Maschinerie, Anwendung der Chemie auf Industrie und Ackerbau, Dampfschiffahrt, Eisenbahnen, elektrische Telegraphen, Urbarmachung ganzer Weltteile, Schiffbarmachung der Flüsse, ganze aus dem Boden hervorgestampfte Bevölkerungen...“ (S. 28 f.)

„Die fortwährende Umwälzung der Produktion, die ununterbrochene Erschütterung aller gesellschaftlichen Zustände, die ewige Unsicherheit und Bewegung zeichnet die Bourgeois-Epoche vor allen früheren aus. Alle festen, eingerosteten Verhältnisse mit ihrem Gefolge von altherwürdigen Vorstellungen und Anschauungen werden aufgelöst, alle neugebildeten veralten, ehe sie verknöchern können.“ (S. 27)

„Das Bedürfnis nach einem stets ausgedehnteren Absatz für ihre Produkte jagt die Bourgeoisie über die ganze Erdkugel. (...) Sie hat zum grossen Bedauern der Reaktionäre den nationalen Boden der Industrie unter den Füßen weggezogen. Die uralten nationalen Industrien sind vernichtet worden und werden noch täglich vernichtet. Sie werden verdrängt durch neue Industrien, deren Einführung eine Lebensfrage für alle zivilisierten Nationen wird, durch Industrien, die nicht mehr einheimische Rohstoffe, sondern den entlegensten Zonen angehörige Rohstoffe verarbeiten und deren Fabrikate nicht nur im Lande selbst, sondern in allen Weltteilen zugleich verbraucht werden.“ (S. 27)

„Die Bourgeoisie reisst durch die rasche Verbesserung aller Produktionsinstrumente, durch die unendlich erleichterten Kommunikationen alle, auch die barbarischsten Nationen in die Zivilisation. Die wohlfeilen Preise ihrer Waren sind die schwere Artillerie, mit der sie alle chinesischen Mauern in den Grund schießt, ... Sie zwingt alle Nationen, die Produktionsweise der Bourgeoisie sich anzueignen, wenn sie nicht zugrunde gehen wollen; sie zwingt sie, die sogenannte Zivilisation bei sich selbst einzuführen, ...“ (S. 28)

¹Die folgenden Zitate sind entnommen aus: Karl Marx und Friedrich Engels, Manifest der Kommunistischen Partei. Grundsätze des Kommunismus, mit einem Nachwort von Iring Fetscher, Stuttgart: Philipp Reclam jun., 1969

Bevor wir uns den empirischen Fakten zuwenden, welche für den Umstrukturierungsprozess und die Globalisierung charakteristisch sind, wollen wir kurz die Antriebskräfte für den Entwicklungsprozess von Marktwirtschaften mit garantierten Eigentumsrechten und Rechtsregeln darlegen, die eine Voraussetzung für die schnelle kapitalistische Entwicklung sind.

2. Westliche Zivilisation und Kapitalismus

Die gegenwärtige westliche Zivilisation hat sich aus einer mittelalterlichen Gesellschaft entwickelt, die von den absoluten Wertvorstellungen des Christentums und von Einflüssen der griechisch-römischen Antike geprägt war. Nicht ohne Grund fanden in jener Zeit sowohl mehrere Kreuzzüge gegen Muslime und Slawen als auch Verfolgungen von Ketzern wie den Katharern statt. Kaiser Heinrich IV. musste sich vor Papst Gregor VII. in Canossa 1077 barfuss im Schnee verneigen, nachdem er durch die Exkommunikation seine Legitimation verloren hatte.

Westeuropa jedoch war im Mittelalter durch eine Besonderheit hervorgehoben: Weltliche und geistliche Macht waren stets getrennt, und es gab einen starken militärischen und aussenpolitischen Wettbewerb unter vielen mehr oder weniger unabhängigen Fürsten und (freien) Städten. Dies scheint ein entscheidender Unterschied gewesen zu sein. Heute wissen wir, dass gesicherte Eigentumsrechte, ein verlässliches und durchsetzbares Vertragsrecht, Rechtsregeln ganz allgemein, keine zu hohen Steuern, nicht zu viele Regulierungen und eine stabile Währung Voraussetzungen für Effizienz, Innovation und wirtschaftliches Wachstum sind. Wie jedoch konnten sich diese Bedingungen in Europa herausbilden? Warum sollte sich die herrschende Elite einer Autokratie mit präzisen und sicheren Eigentumsrechten, einer minimalen staatlichen Einmischung und einer strengen Limitierung der Steuern, somit auch ihrer eigenen Macht und der Möglichkeit, sich Güter nach eigenem Ermessen aneignen zu können, einverstanden erklären? Die ‚Neuen ökonomischen Historiker‘ scheinen diese Fragen angemessen zu beantworten (North and Thomas 1973; North 1981; Jones 1981). Sie weisen darauf hin, dass „European disunity has been our good luck“. Im Mittelalter entwickelte sich der Feudalismus mit seinen vielen Machtzentren. Weltliche und geistliche Macht blieben getrennt. Es entwickelte sich eine starke Rivalität zwischen den vielen Herrschern, die das Ziel verfolgten, ihre Macht

durch Aussenpolitik und militärische Stärke auszudehnen und zu erhalten. Das zwang sie, sich für das Wohlergehen und die Loyalität ihrer Untertanen sowie für die ökonomische Entwicklung zu interessieren, um eine grössere Steuerbasis zu erreichen und auf dieser Grundlage stärkere Armeen aufstellen zu können. Ökonomische Entwicklung ihrerseits beruht jedoch auf der Schaffung angemessener Eigentumsrechte, einem zuverlässigen Rechtssystem, freien Märkten und begrenzten Steuern. Daher waren jene Staaten im Umfeld einer aggressiven Aussenpolitik und militärischen Wettbewerbs langfristig erfolgreich, die, sei es durch Zufall, Planung oder Imitation, die grössten Fortschritte bei der Einführung solcher Institutionen machten. Der Wettbewerb zwischen den Staaten zwang also auch unwillige Herrscher zu einer Beschränkung ihrer Macht. Es scheint, dass diese Art von Wettbewerb auch in anderen historischen Perioden, in denen eine grössere Zahl unabhängiger Staaten existierte, zu ähnlichen Ergebnissen geführt hat (Bernholz, Streit und Vaubel 1998).

Die Entwicklung miteinander wetteifernder Rechtssysteme, der Gesetzgebung und der Eigentumsrechte wurde nicht nur durch zwischenstaatlichen Wettbewerb, sondern auch durch die zunehmende Trennung von Kirche und Staat, die Verhinderung einer Theokratie, begünstigt (Berman 1983). Dadurch konnte sich keine allgemeine und homogene Doktrin herausbilden, die sich auf letzte Werte und Prinzipien gründet, es sei denn in Fällen parallel laufender kirchlicher und weltlicher Interessen, wie beim Kreuzzug gegen die Katharer. Später führte die Glaubensspaltung in Katholizismus und Protestantismus zu einer weiteren Schwächung des Einflusses der institutionalisierten Kirche. Blutige unentschiedene Religionskriege, wie der Dreissigjährige Krieg, führten zu einer Pattsituation. Diese Entwicklung, begleitet von ökonomischen Vorteilen, die tolerante Fürsten aus der Aufnahme unterdrückter religiöser Minderheiten wie der Hugenotten oder Mennoniten zogen, führte schliesslich zur Religionsfreiheit (Bernholz 1995) und zur Beseitigung von Regulierungen des wirtschaftlichen Lebens, die sich auf letzte Werte und Prinzipien gründeten. So entstand in Europa eine Begrenzung der Staatsmacht und eine pluralistische Gesellschaft als vordemokratischer Zustand. Daraus entwickelten sich zunächst der Kapitalismus und später die Demokratie.

Der Kapitalismus, einmal durch institutionelle Reformen auf den Weg gebracht, folgt jedoch seinen eigenen Regeln. Wie Schumpeter (1912) betonte,

geht die ökonomische Entwicklung, durch freie Märkte und gesicherte Eigentumsrechte ermöglicht, ihren eigenen Weg kreativer Zerstörung. Das Gewinnmotiv und die Drohung des Bankrotts, hervorgerufen durch erfolgreichere Wettbewerber, treibt die Unternehmer dazu, die Effizienz zu steigern sowie Prozess- und insbesondere Produktinnovationen voranzutreiben. Dies führt zu einer unvermeidlichen Umstrukturierung der Wirtschaft und Gesellschaft und auch zur Globalisierung, d.h. zu Entwicklungsmustern, denen wir uns jetzt zuwenden.

3. Charakteristika kapitalistischer Entwicklung

Joseph Schumpeter hat in seiner ‚Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung‘ (1912) einen grossen Schritt, teilweise in den Fussstapfen von Marx und Engels, zur Erklärung des für den Kapitalismus typischen starken wirtschaftlichen Wachstums gemacht. Er legte dar, dass in erster Linie neue Unternehmer immer wieder durch erwartete Gewinne angeregt werden, neue Firmen zu gründen oder bereits existierende umzustrukturieren, um neue Produkte zu produzieren oder bahnbrechende und kostensparende Produktionsprozesse einzuführen. Solche Innovationen bieten Anbietern und Nachfragern neue Möglichkeiten, üben jedoch Druck auf Wettbewerber aus, deren Produkte oder Produktionsprozesse nun veraltet sind. Sie müssen sich anpassen und ebenfalls verbesserte und neue Produkte produzieren oder die neuen überlegenen Produktionsprozesse einführen, um Verlusten oder gar dem Bankrott vorzubeugen. So folgt der Wettbewerb durch Imitation der kreativen Innovation führender Unternehmer. Dieser Prozess wird von erwarteten Gewinnen und drohenden Verlusten vorangetrieben und durch die in kapitalistischen Systemen bestehende Möglichkeit begünstigt, neue Firmen im wesentlichen durch Kredite zu finanzieren. Erfinder, die Talent als Unternehmer zeigen, können sich auf diese Weise die Mittel zum Erwerb der notwendigen Inputs beschaffen oder, falls das nicht möglich ist, ihre Erfindungen innovativen Unternehmern verkaufen.

Im Zusammenhang mit dem geschilderten Prozess ist auf einige Implikationen hinzuweisen:

- Neue Produkte sind nur dann erfolgreich, wenn sie entweder eine potentielle Nachfrage der Konsumenten befriedigen oder wenn sie

als Produktionsmittel dazu dienen können, billigere oder bessere Konsumgüter zu produzieren.

- Bahnbrechende Innovationen führen zu einer beträchtlichen Umstrukturierung der Wirtschaft, zu Standortverschiebungen und zu sektoraler Arbeitslosigkeit, da die Kenntnisse und Fähigkeiten der Beschäftigten in den alten Industriezweigen für die Arbeitsplätze in den neuen Sektoren häufig nicht geeignet sind.
- Nur Innovationen erlauben ein Wachstum der Bevölkerung und/oder des Pro-Kopf-Einkommens.
- Innovationen können selbstverständlich auch im Ausland stattfinden. Sofern dort die institutionellen Rahmenbedingungen den eigenen überlegen sind, weil beispielsweise die Eigentumsrechte besser geschützt werden, das Rechtssystem zuverlässiger und die Steuerlast geringer ist und es weniger überflüssige Regulierungen gibt, dann werden die heimischen Industriezweige wegen des Wettbewerbs aus dem Ausland die Gefahr steigender Arbeitslosigkeit und den Druck auf die Gewinne spüren.

Es ist ratsam, die wesentlichen Pfade dieser kapitalistischen Entwicklung genauer zu skizzieren. Man stelle sich eine geschlossene Volkswirtschaft vor, in der die Nahrungsmittelversorgung gerade zum Überleben der Bevölkerung reicht und der Bedarf an Kleidung und Wohnungen nur knapp gesichert ist. In dieser Situation ist ein Produktivitätsanstieg im Agrarsektor eine Voraussetzung für jegliche Art wirtschaftlichen Wachstums, da in den anderen Wirtschaftssektoren höchstens zehn Prozent aller Arbeitskräfte tätig sind. Eine substantielle Produktivitätszunahme durch Prozessinnovation im Landwirtschaftsbereich würde ein wesentlich grösseres Nahrungsmittelangebot zulassen. Die Nachfrage nach Nahrungsmitteln bliebe jedoch trotz der Zunahme des Pro-Kopf-Einkommens ohne ein entsprechendes Bevölkerungswachstum sehr begrenzt, auch wenn einige landwirtschaftliche Produkte, die neu sind oder die sich bisher die meisten Haushalte nicht leisten konnten, vermehrt nachgefragt werden. Im grossen und ganzen werden die Konsumenten sehr viel stärker an mehr und besserer Bekleidung und Behausung interessiert sein (vgl. die Tabelle 1). Somit wird die erste sektorale Wirtschaftskrise der betrachteten Volkswirtschaft im Landwirtschaftssektor entstehen. Die landwirtschaftliche Produktion hat stark zugenommen, aber die zusätzliche Nachfrage wendet sich überwiegend anderen Produkten zu und stagniert bei den landwirtschaftlichen Gütern.

Tabelle 1: Ausgabenanteil unterschiedlicher Produktgruppen in Deutschland (%) (konstante Preise)^a

Jahr	Nahrungsmittel	Getränke und Tabak	Kleidung	Wohnung	Anderes
1851-70	44.8	18.8	12.5	19	4.9
1871-90	39.9	19.3	14.4	20.5	5.9
1891-1910	38.5	15.8	15	23	7.7
1960	38.2	6.8	13.5	23.1	18.4
1993	20.5		7.5	30	42

a. Anm.: Seit 1960 Westdeutschland. 1993 sind Getränke und Tabak bei den Nahrungsmitteln erfasst. Bei anderen Ländern, die sich bis zur Gegenwart entwickelt haben, kann ein ähnliches Muster beobachtet werden. Quelle: Statistisches Jahrbuch der Bundesrepublik Deutschland. Verschiedene Jahrgänge. Wiesbaden.

Damit das wirtschaftliche Wachstum anhält, müssen andere Wirtschaftssektoren expandieren. In der Landwirtschaft muss die Beschäftigung sinken, da einerseits in diesem Sektor fast dieselben Löhne zu zahlen sind wie in der nunmehr expandierenden Bekleidungs- und Bauindustrie, die neue Arbeitskräfte sucht, und andererseits die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Produkten langsamer wächst: Die Landflucht beginnt. Der Anteil der Landwirtschaft am Arbeitspotential und Bruttosozialprodukt sinkt, und die Probleme dieser Entwicklung werden um so fühlbarer sein, je schneller die Innovation in der Landwirtschaft fortschreitet.

Nach dieser Phase gibt es mehrere bedeutende Wirtschaftssektoren, so dass ein weiteres Anwachsen des Wohlstandes durch Innovationen in einigen oder allen dieser Sektoren oder durch die Entwicklung zusätzlicher Industriezweige stattfinden kann. Der damit verbundene Anstieg des Pro-Kopf-Einkommens wird wiederum zu keiner wesentlichen Zunahme der Nachfrage nach Nahrungsmitteln, Textilien und Wohnungen führen, sondern nach neuen Gütern (vgl. die Tabelle 2), wie z.B. Kraftfahrzeugen (vgl. die Abbil-

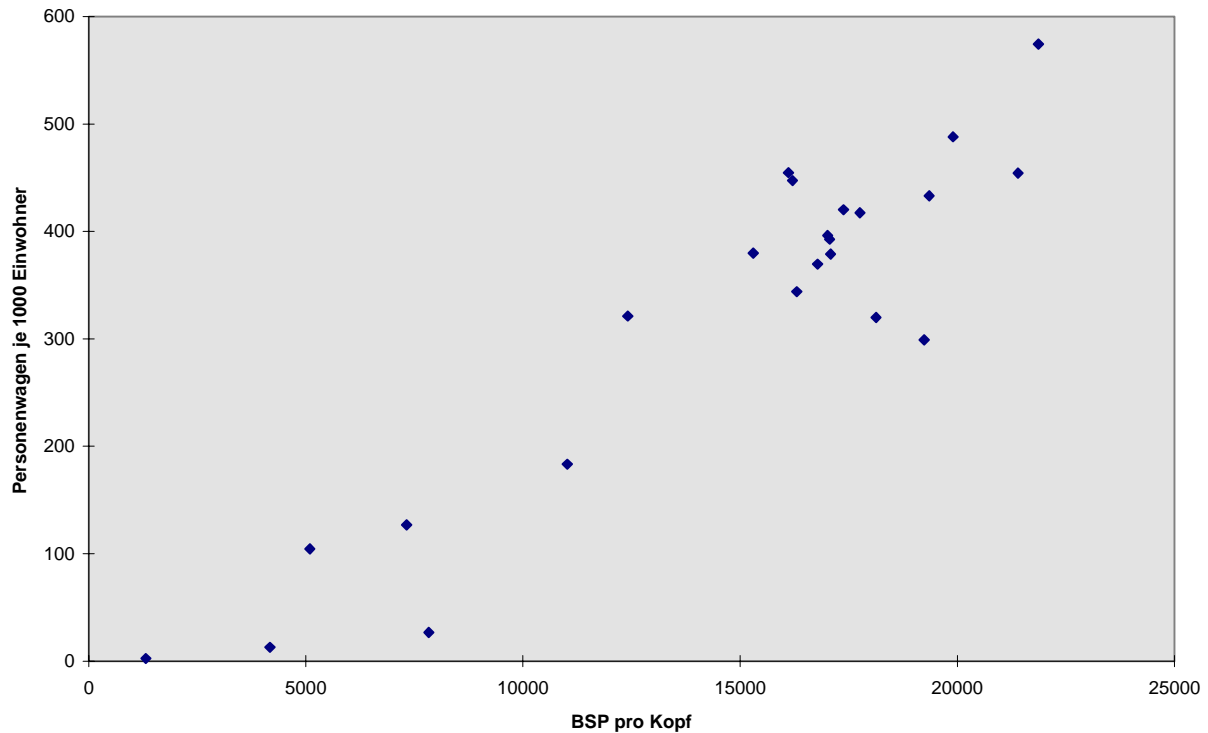
dung 1 und die Tabellen 2 und 3), Telefonapparaten, Radios, Kühlschränken, Fernsehgeräten und Reisen.

Tabelle 2: Entwicklung des Bruttosozialprodukts (BSP) und des Konsums ausgewählter Konsumgüter in der Schweiz^a

Jahr	BSP pro Kopf in Preisen von 1938 (in Hundert)	Personenwagen pro 1000 Personen	Telefonanschlüsse pro 1000 Personen	TV-Lizenzen pro 1000 Personen	Flugreisen, km pro Person
1938	88.7	17.6	105.5		3.3
1958	156.0	74.2	283.7	9.6	159.2
1968	244.5	174.8	442.5	166.6	549.0
1978	287.1	324.1	679.8	298.1	1600.6
1988	328.1	428.7	892.1	354.8	2204.1

a. Anm.: Anstelle des BSP wurde für das Jahr 1938 das Volkseinkommen verwendet. Andere industrialisierte Länder zeigen eine ähnliche Entwicklung. Quelle: Schweizerisches Bundesamt für Statistik: Statistisches Jahrbuch der Schweiz. Verschiedene Jahrgänge.

Abbildung 1: Anzahl Personenwagen je 1000 Einwohner in Abhängigkeit vom Bruttonsozialprodukt (BSP) pro Kopf für 22 Länder, 1991



Anm: Die Zahlen einiger Länder basieren nicht auf den Werten von 1991. Für Deutschland steht Westdeutschland und für Korea Südkorea. Quelle: vgl. die Tabelle 3.

Resultate der Regression:

Konstantes Glied	- 66.4394874
Standardabweichung Y:	60.7227375
T-Wert:	- 1.094114513
R^2	0.86714532
Anzahl Beobachtungen:	23
Anzahl Freiheitsgrade:	21
X-Koeffizient:	0.02641266
Standardabweichung:	0.00225603
T-Wert:	11.7075808

Tabelle 3: Brutton sozialprodukt (BSP) pro Kopf und Anzahl
Personenwagen je 1000 Einwohner in ausgewählten Ländern^a

	1913		1950		1973		1991	
Land	BSP/ Kopf	Autos/ 1000	BSP/ Kopf	Autos/ 1000	BSP/ Kopf	Autos/ 1000	BSP/ Kopf	Autos/ 1000
Österreich	3488	1.8	3731	7.0	11308	203.1	17013	396.3
Belgien	4130	1.3	5346	31.7	11905	245.3	17060	392.7
Dänemark	3764	1.0	6683	27.6	13416	247.9	18128	319.9
Finnland	2050		4131	6.7	10768	191.6	15299	379.8
Frankreich	3452	2.2	5221	35.9	12940	278.2	17755	417.4
Deutsch- land	3833	1.6	4281	10.3	13152	274.7	19351	433.2
Italien	2507	0.6	3425	7.3	10409	245.1	16112	454.6
Nieder- lande	3905	0.4	5850	13.7	12768	220.0	16784	369.5
Norwegen	2275	0.5	4969	18.4	10229	211.6	17079	378.9
Schweden	3096	1.3	6738	35.9	13494	307.6	17380	420.2
Schweiz	4207	2.5	8939	31.3	17953	241.0	21398	454.2
Grossbri- tannien	5032		6847	44.8	11992	240.1	16302	343.9
Portugal	1354		2132	7.2	7568	89.2	11017	183.4
Spanien	2255		2397	3.2	8739	109.3	12410	321.3
Australien	5505		7218	93.9	12485	334.7	16204	447.3
Kanada	4213	3.7	7047	139.3	13644	355.5	19901	488.0
USA	5307	12.2	9573	264.9	16607	481.3	21866	574.4

Tabelle 3: Bruttosozialprodukt (BSP) pro Kopf und Anzahl Personenwagen je 1000 Einwohner in ausgewählten Ländern^a

Land	1913		1950		1973		1991	
	BSP/ Kopf	Autos/ 1000	BSP/ Kopf	Autos/ 1000	BSP/ Kopf	Autos/ 1000	BSP/ Kopf	Autos/ 1000
Argentinien	3797		4987	18.5	7970	76.0	7320	126.8
Brasilien	839		1673	3.9	3913	33.9	5091	104.4
Mexiko	1467		2085	6.3	4189	31.3	5079	
Indien	663		597	0.4	853	1.2	1316	2.4
Japan	1334		1873	0.6	11017	133.2	19240	299.1
Korea	948		876	0.1	2840	2.3	7829	26.6
Taiwan	794		922	0.4	3669	6.2	10957	
Thailand	846		848	0.5	1750	5.5	4173	13.0
China	688		614		1186		2832	

a. Anm: In US-\$ von 1990 gemäss Geary-Kamis Kaufkraftparität. Ab 1950 steht Deutschland für Westdeutschland und Korea für Südkorea. Quellen: Maddison, Angus (1995): *Monitoring the World Economy 1820-1992*. OECD, Development Centre Studies, Paris. Für die Anzahl Personenwagen (um) 1991: Statistisches Bundesamt (Hsgb.): *Statistisches Jahrbuch 1992 für das Ausland*.

Die Konsequenz ist eine Stagnation im Textilsektor, der seine Arbeitskosten durch Prozessinnovation senken muss, weil die Nachfrage nach Textilien unterdurchschnittlich wächst und annähernd dieselben Löhne wie in den anderen Sektoren gezahlt werden müssen. Sein Anteil am Bruttosozialprodukt verringert sich. Ähnliches wird bei weiter fortschreitendem Wachstum auch dem Automobil- und Fernsehgerätesektor widerfahren, da die Nachfrage nun für neue Güter und Dienstleistungen wie Computer, Gesundheitsfürsorge und Tourismus stärker steigt als das Pro-Kopf-Einkommen.

Ständige Prozess- und Produktinnovationen durch kreative Unternehmer sind eine Voraussetzung für die geschilderten Entwicklungen. Der Wachs-

tumsprozess kann nur durch neue Produkte, die den Bedürfnissen und Wünschen der Konsumenten entsprechen, aufrecht erhalten werden. Dieses Wachstum wird sich nicht mit konstanter Geschwindigkeit fortentwickeln, da bahnbrechende Innovationen in einigen Perioden häufiger, in anderen weniger häufig auftreten. In ganzen Regionen kann es zu wirtschaftlichem Niedergang kommen, wenn deren Wirtschaftsstruktur von veralteten Industrien dominiert wird, wie beispielsweise in Lothringen, dem Saarland, Wallonien oder West Virginia. Andere Regionen hingegen blühen wegen ihrer expandierenden neuen Industrien, wie etwa Kalifornien zunächst durch die Flugzeugindustrie und heute durch die Computerindustrie in Silicon Valley. Der Anteil der Landwirtschaft am Arbeitspotential und am Bruttoinlandsprodukt verkleinert sich fortwährend, derjenige der Industrie und des Detailhandels steigt zunächst an und nimmt dann ebenfalls ab, während der Dienstleistungsbereich unaufhaltsam wächst (vgl. die Tabellen 4 und 5). Betrachtet man diese Entwicklung im Zeitablauf, so ergibt sich eine Art S-Kurve, sobald der kapitalistische Entwicklungsprozess begonnen hat (vgl. die Abbildung 2).

Tabelle 4: Anteile der Beschäftigten in unterschiedlichen Sektoren, 1820-1992^a

Jahr	USA	Frankreich	Deutschland	Niederlande	Grossbritannien	Japan	China	Russland
Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei								
1820	70	49.2			37.6			
1870	50	41.1	49.5	37	22.7	70.1		
1913	27.5	28.3	34.6	26.5	11.7	60.1		70
1950	12.9	5.1	22.2	13.9	5.1	48.3	77	46
1992	2.8		3.1	3.9	2.2	6.4	58.6	17
Bergbau und Industrie								
1820	15	27.8			32.9			
1870	24.4	32.3	28.7	29.	42.3			
1913	29.7	34.9	41.1	33.8	44.1	17.5		
1950	33.6	28.1	43	40.2	44.9	22.6	7	29
1992	23.3		37.8	24.3	26.2	34.6	22	36
Dienstleistungen								
1820	15	23			29.5			
1870	25.6	26.6	21.8	34	35			
1913	42.8	36.8	24.3	39.7	44.2	22.4		
1950	53.5	66.8	34.8	45.9	50	29.1	16	25
1992	74		59.1	71.8	71.6	59	20	47

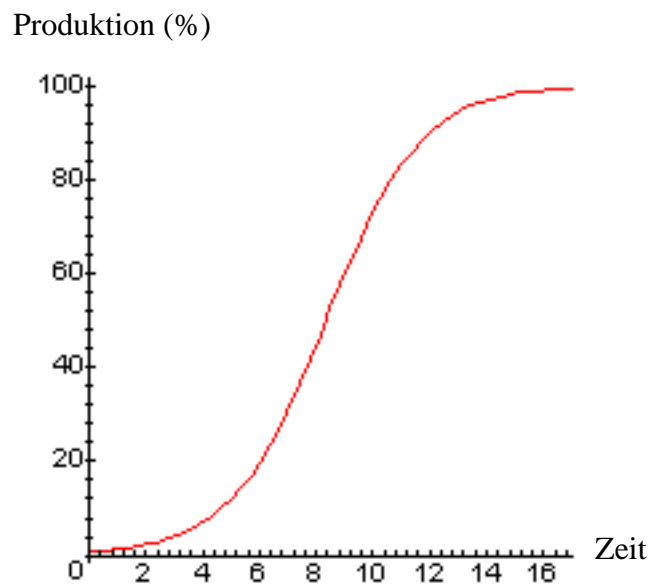
a. Ab 1950 steht Deutschland für Westdeutschland. Quelle: Maddison, Angus (1995): Monitoring the World Economy, 1820-1992. OECD, Development Centre Studies, Paris.

Tabelle 5: Anteile der Wirtschaftssektoren am Bruttonsozialprodukt (BSP) in Frankreich und Deutschland (%)^a

Zeit- raum	Landwirtschaft		Industrie, Berg- bau und Bauwirt- schaft		Transport- und Kommunikations- wesen		Handel	
	Frank- reich	Deutsch- land	Frank- reich	Deutsch- land	Frank- reich	Deutsch- land	Frank- reich	Deutsch- land
1820-24	43		40		3		11	
1840-44	40		39		3		14	
1860-64	40	45	37	24	5	1	16	7
1880-84	38	36	35	33	6	3	17	8
1900-04	34	29	41	40	7	5	19	9
1938	22	16	36	50	7	6	14	9
1955-59	10	7	48	53	6	7	13	13
1975-79	5	3	36	44	5	6	13	11
1985-88	4	2	30	40	6	6	15	10

a. Anm: Seit 1955-59: Westdeutschland. Für Deutschland statt 1938: 1935-39. Die Entwicklung in anderen industrialisierten Ländern verlief ähnlich. Quelle: siehe die Tabelle 4.

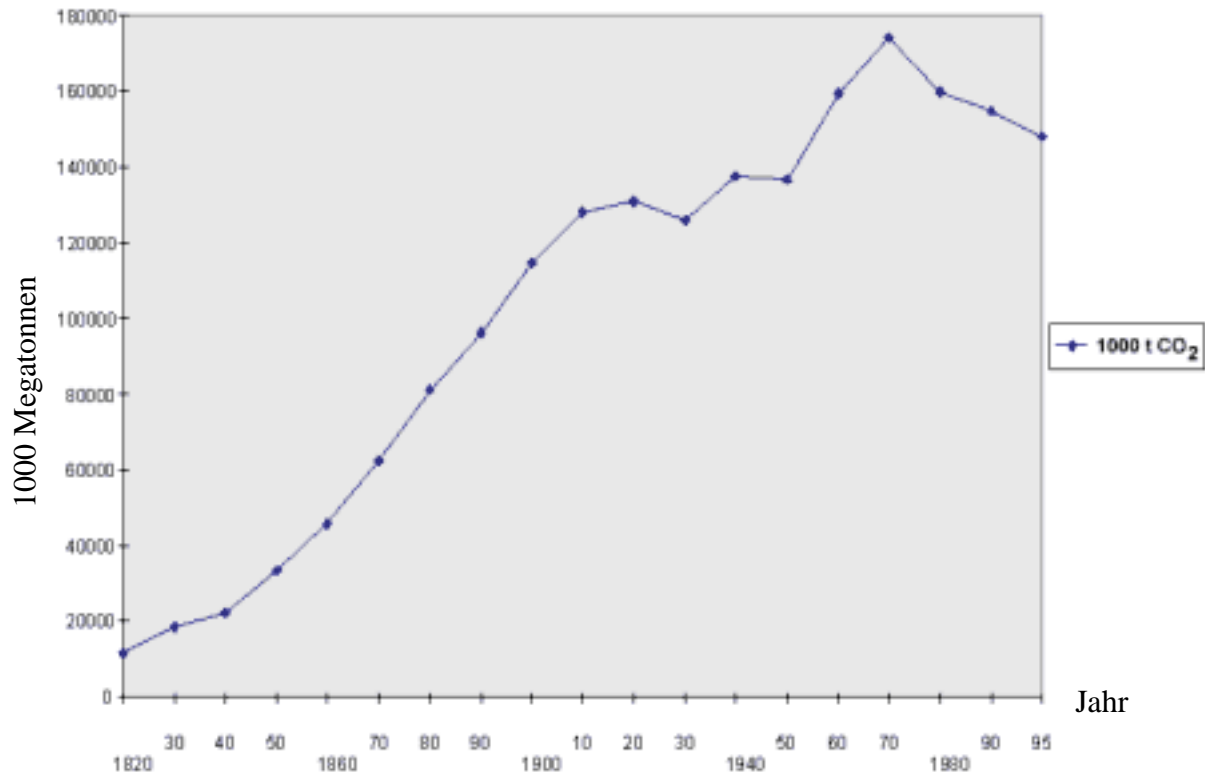
Abbildung 2: Typische Entwicklung der Produktion eines innovativen Gutes vom Zeitpunkt $t=0$ an



Drei andere wichtige Konsequenzen ökonomischen Wachstums dürfen nicht ausser acht gelassen werden. Erstens das Ausmass von Verschwendung, der Abfallberg sowie die Wasser- und Luftverschmutzung, welche mit dem Bruttosozialprodukt wachsen (vgl. die Abbildung 3). Zweitens die Ausbeutung natürlicher Ressourcen anstelle einer nachhaltigen Nutzung. Drittens kann als Folge wirtschaftlichen Wachstums eine kontinuierliche und sich verstärkende Veränderung der relativen Güterpreise beobachtet werden. Die relativen Preise von Gütern wie Land oder Kunstwerke, die nicht reproduziert werden können, steigen. Ähnliche, wenn auch nicht so ausgeprägte Veränderungen ergeben sich für Güter und Dienstleistungen, deren Produktion arbeitsintensiv ist und deren Produktionsprozesse nur begrenzt rationalisierbar sind (wie beispielsweise der Hausbau). Da sich während einer Phase wirtschaftlichen Wachstums die Reallöhne und Einkommen erhöhen, steigt auch die Nachfrage nach jenen Gütern, unter Umständen sogar überproportional. So können Angebot und Nachfrage nur bei überproportional wachsenden Preisen einander angeglichen werden, weil das Angebot jener Güter entweder gar nicht, nur marginal oder nur zu progressiv steigenden Kosten vergrössert werden kann. Genau das Gegenteil gilt für Güter, deren Produktionsprozesse erheblich rationalisiert werden können. Die in den letzten beiden Jahrzehnten explosionsartig gestiegenen Ausbildungs- und Gesundheitskosten und die trotz Produktverbesserungen stark gefallen

Preise für Computer und Videogeräte haben unsere Aufmerksamkeit wieder auf diese Phänomene gelenkt.

Abbildung 3: Entwicklung der Kohlendioxid-Emissionen in Grossbritannien, 1820-1995



Quelle: Marlan, G., Boden, T., Brenkert, A., Anderson, B. and Johnston, C. (1994): Global, Regional and National CO₂ Estimates from Fossil Fuel Burning, Cement Production and Gas Flaring 1751-1993.

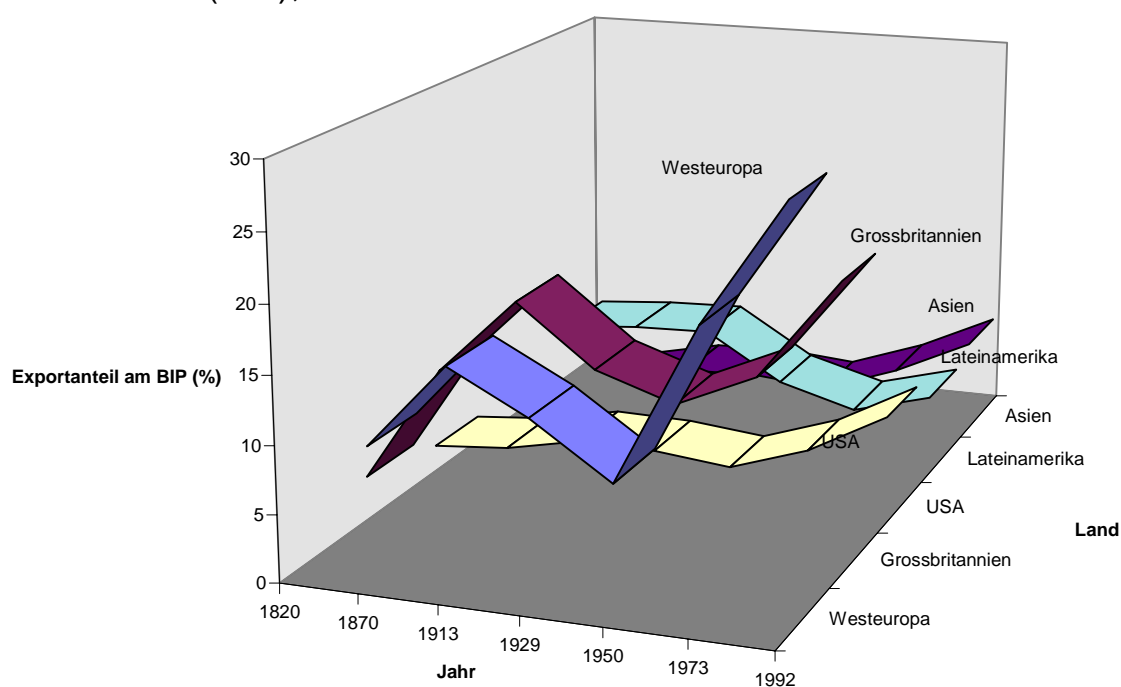
4. Globalisierung der Wirtschaft

Das kapitalistische System hat die Tendenz, sich in der Welt immer weiter auszudehnen. Die wachsende Globalisierung kann durch den steigenden Anteil des Exports am Bruttoinlandsprodukt gemessen werden (vgl. die Abbildung 4 und die Tabelle 6). Wie aus der Abbildung ersichtlich ist, fand die Globalisierung der sich entwickelnden Wirtschaftsräume Westeuropa, Grossbritannien und USA während der gesamten Zeitspanne von 1820 bis 1992 statt, mit Ausnahme der Unterbrechungen durch die beiden Weltkriege und die Grosse Depression mit ihren Kapitalverkehrskontrollen, Importbeschränkungen und einer Rückkehr zum bilateralen Handel.

Es sei darauf hingewiesen, dass für die USA der Exportanteil am Bruttoinlandsprodukt nur aufgrund der Grösse des Landes tiefer ist; er hat sich aber

innerhalb dieser Periode ebenfalls vervierfacht. Wir können auch beobachten, dass Asien und Lateinamerika erst später mit der Globalisierung fortführen, da ökonomische Reformen erst einige Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg eingeführt wurden.

Abbildung 4: Entwicklung des Exportanteils am Bruttoinlandsprodukt (BIP), 1820-1992



Quelle: vgl. die Tabelle 6.

Tabelle 6: Entwicklung des Exportanteils (%) am Bruttoinlandsprodukt (BIP) für ausgewählte Länder^a

Land	1820	1870	1913	1929	1950	1973	1992
Frankreich	1.3	4.9	8.2	8.6	7.7	15.4	22.9
Deutschland		9.5	15.6	12.8	6.2	23.8	32.6
Niederlande		17.5	17.8	17.2	12.5	41.7	55.3
Grossbritannien	3.3	12	17.7	13.3	11.4	14	21.4

Tabelle 6: Entwicklung des Exportanteils (%) am Bruttoinlandsprodukt (BIP) für ausgewählte Länder^a

Land	1820	1870	1913	1929	1950	1973	1992
Spanien	1.1	3.8	8.1	5	1.6	5	13.4
Sowjet-union / Russland			2.9	1.6	1.3	3.8	5.1
Australien		7.4	12.8	11.2	9.1	11.2	16.9
Kanada		12	12.2	15.8	13	19.9	27.2
USA	2	2.5	3.7	3.6	3	5	8.2
Argenti- nien		9.4	6.8	6.1	2.4	2.1	4.3
Brasilien		11.8	9.5	7.1	4	2.6	4.7
Mexiko		3.7	10.8	14.8	3.5	2.2	6.4
China		0.7	1.4	1.7	1.9	1.1	2.3
Indien		2.5	4.7	3.7	2.6	2	1.7
Indonesien		0.9	2.2	3.6	3.3	5	7.4
Japan		0.2	2.4	3.5	2.3	7.9	12.4
Korea	0	0	1	4.5	1	8.2	17.8
Taiwan			2.5	5.2	2.5	10.2	34.4
Thailand		2.1	6.7	6.6	7	4.5	11.4

a. Anmerkungen und Quellen: siehe die Tabelle 4.

Die Globalisierungstendenz ist einerseits bedingt durch die Vorteile einer zunehmenden Arbeitsteilung, die durch sinkende Transport- und Kommunikationskosten ermöglicht wird. Andererseits stützt sie sich auf den Erfolg des freien Marktes, der für die Bevölkerung immer mehr Güter und Dienstleistungen zur Verfügung stellt. Das motiviert zum einen, solche Institutionen nachzuahmen, um wirtschaftliches Wachstum zu generieren. Zum anderen bedeutet ein steigender Wohlstand auch grössere Staatseinnahmen und damit potentiell mehr Mittel für Militärausgaben. Die Regierungen von wirtschaftlich weniger weit entwickelten Ländern sind benachteiligt und fühlen sich im militärischen wie im aussenpolitischen Wettbewerb bedroht. Darin liegt eine weitere Motivation für ökonomische Reformen mit dem Ziel freier Märkte und gesicherter Eigentumsrechte.

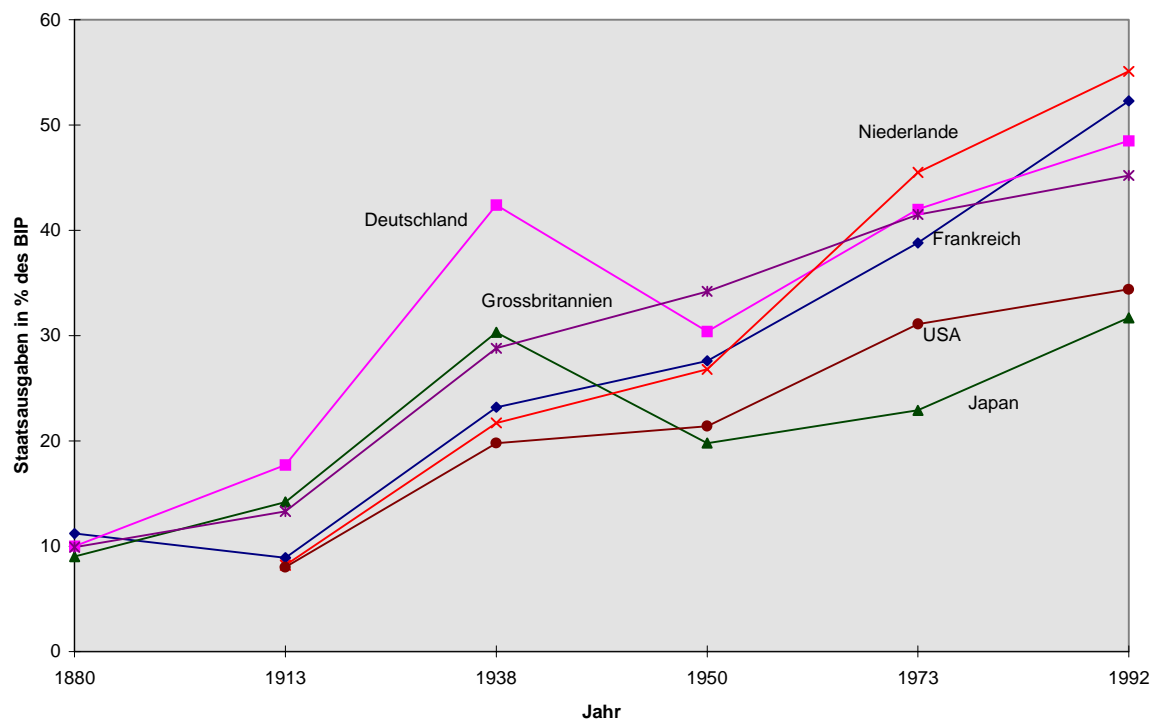
5. Konsequenzen kapitalistischen Wachstums für die Gesellschaft

Die ökonomische Entwicklung des Westens, die schliesslich in das schnelle wirtschaftliche Wachstum während der letzten 150 bis 250 Jahre seit 1750/1850 mündete, hatte weitreichende Konsequenzen für die westliche Zivilisation. Es wurde bereits darauf hingewiesen, dass dies eine Voraussetzung für die Entwicklung der Demokratie war. Es scheint heute festzustehen, dass wohlhabende Länder eher demokratisch regiert werden als arme (Bollen und Jackman 1985, Lipset et al. 1993, Burkhart und Lewis-Beck 1994, Weede 1996a). Wir haben zugleich gesehen, dass Wohlstand ein Resultat freier Märkte und gesicherter Eigentumsrechte ist.

Das ist aber nur ein Teilaspekt. Die Konsequenzen der Umstrukturierung und Globalisierung erstrecken sich auf das gesamte Leben der Gesellschaft. Dies folgt schon aus den geänderten Konsumgewohnheiten und Beschäftigungsmöglichkeiten, die einer grossen Mehrheit der Bevölkerung zugänglich sind. Die zur Produktion des steigenden Wohlstands notwendige Arbeitszeit nimmt ab, und die verfügbare Freizeit nimmt zu. Tourismus und Auslandsreisen gehören zu den am schnellsten wachsenden Dienstleistungszweigen. All dies verändert notwendigerweise die Sichtweise und das Verhalten der Menschen, die jetzt mit anderen Lebensstilen und fremden Kulturen in Berührung kommen.

Es gibt noch weitere Veränderungen. Schon Adolph Wagner formulierte das ‚Gesetz der wachsenden Staatsausgaben‘. Der Anteil dieser Ausgaben am Bruttoinlandsprodukt wächst (vgl. die Abbildung 5). Das ist in Demokratien möglich, weil das verfügbare Einkommen wegen des wirtschaftlichen Wachstums dennoch zunehmen kann.

Abbildung 5: Anteil der Staatsausgaben am Bruttoinlandsprodukt (BIP), 1880-1992

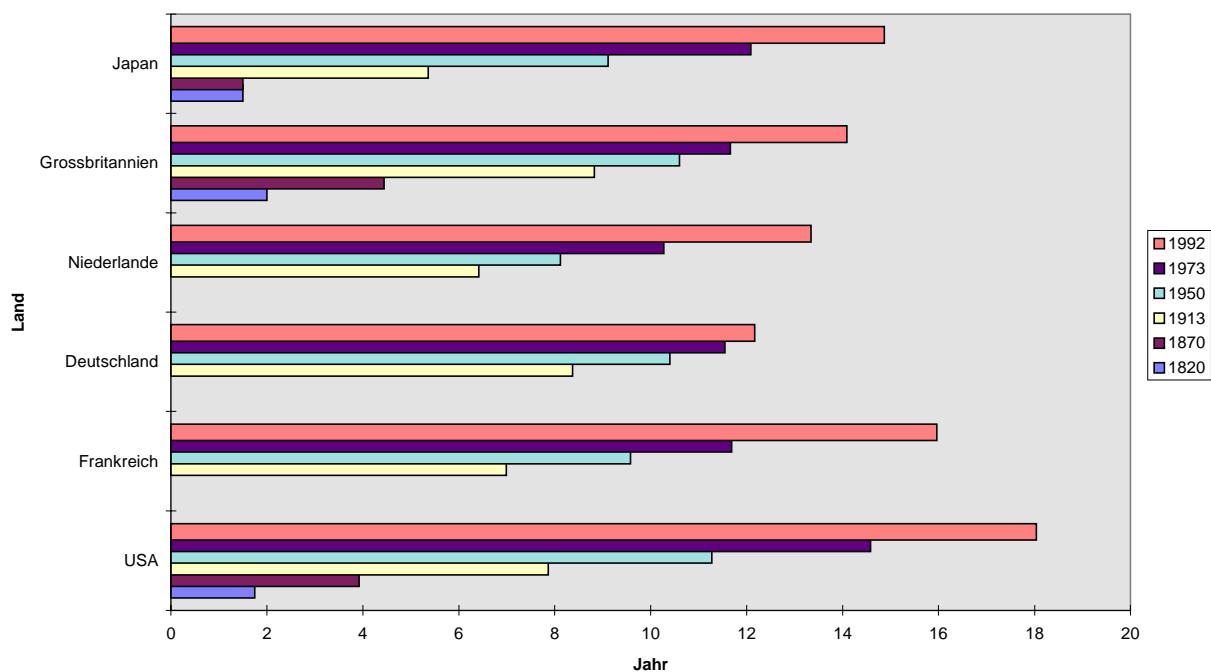


Quelle: Maddison, Angus (1995): Monitoring the World Economy, 1820-1992. OECD, Development Centre Studies, Paris.

Der Anstieg der Staatsausgaben ist zumindest teilweise eine politische Konsequenz der wirtschaftlichen Umstrukturierung. In den alten Industriezweigen gehen Arbeitsplätze verloren und in den neuen Sektoren werden zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen. Wenn sich dieser Wandel schnell genug vollzieht, wird dies in den alten Industriezweigen nicht nur Druck auf die Gewinne und Löhne ausüben, sondern auch Arbeitslosigkeit hervorrufen, weil die entlassenen Arbeitnehmer oft nicht in der Lage oder willens sind, einen Arbeitsplatz in den neuen Sektoren zu übernehmen. Angesichts dieser Bedingungen können die Politiker dadurch Stimmenanteile gewinnen, dass sie den „gefährdeten“ Industrien mit Subventionen oder mit Regulierungen, die den Wettbewerb begrenzen, unter die Arme greifen oder dass sie die Arbeitslosen unterstützen.

Steigender Wohlstand ermöglicht auch eine längere formale Ausbildung (vgl. die Abbildung 6), die ihrerseits eine Voraussetzung für weiteres Wirtschaftswachstum darstellt. Die Kindersterblichkeit und die Geburtenrate sinken, während die durchschnittliche Lebenserwartung steigt. Dies führt zunächst zu einer steigenden Bevölkerungszahl, bis die tiefe Geburtenrate die anderen Faktoren dominiert. Eine Überalterung der Bevölkerung ist dann eine weitere Folge wirtschaftlichen Wachstums, die zu zusätzlichen sozialen und politischen Problemen führt.

Abbildung 6: Durchschnittliche Ausbildungszeit je Person im Alter von 15-64 Jahren, 1820-1992

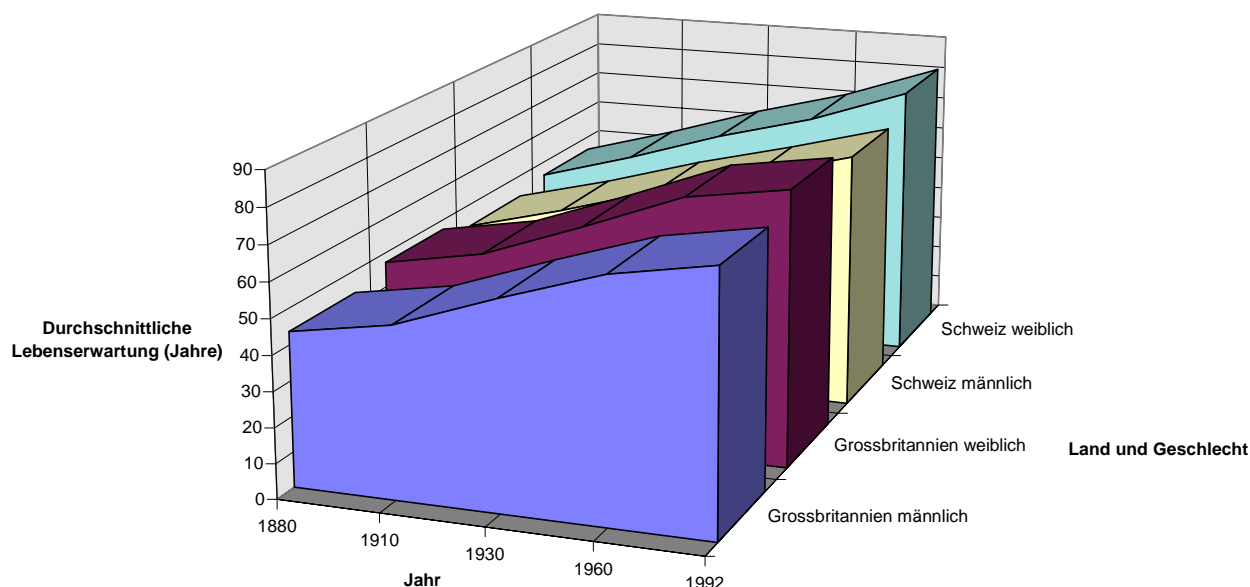


Quelle: Maddison, Angus (1995): Monitoring the World Economy, 1820-1992. OECD, Development Centre Studies, Paris.

Höhere Pro-Kopf-Einkommen ermöglichen eine bessere Gesundheitsversorgung. Die Kindersterblichkeit sinkt, und die durchschnittliche Lebenserwartung steigt (vgl. die Abbildung 7). Die wirtschaftliche Restrukturierung mit abnehmender Bedeutung von Landwirtschaft und Handwerk führt zum Ende der Grossfamilie. Die Zunahme der Realeinkommen und Arbeitsgelegenheiten ermöglichen es dem einzelnen, für sich selbst zu sorgen und seinen Bedürfnissen unabhängig von der Familie nachzugehen, sich also sozusagen selbst zu verwirklichen. Das trifft vor allem auf die Frauen zu und hat zur Folge, dass selbst die Kleinfamilie mit Mann, Frau und Kindern immer mehr in

Frage gestellt wird. Die Scheidungsrate steigt, und die Anzahl der Kinder sinkt (vgl. die Abbildung 8), weil es arbeitsintensiv und für die Eltern mit einer erheblichen finanziellen Belastung verbunden ist, Kinder grosszuziehen.

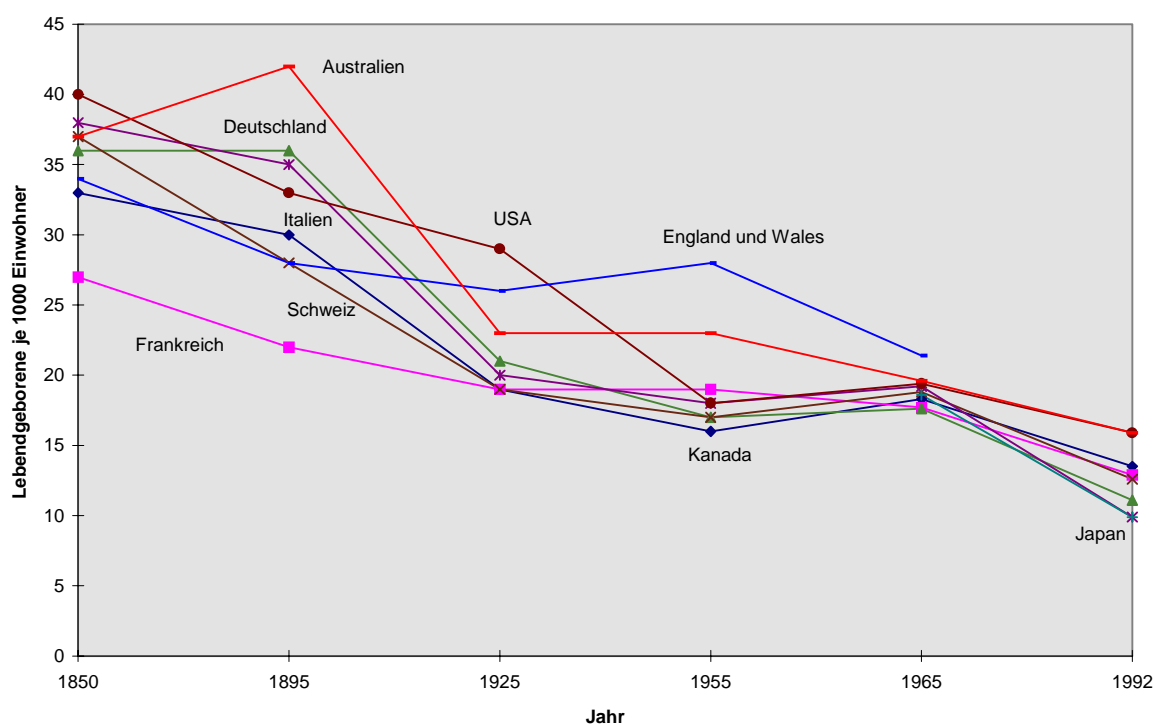
Abbildung 7: Entwicklung der Lebenserwartung in Grossbritannien und der Schweiz, 1880-1992



Quelle: Statistisches Bundesamt (1994): Statistisches Jahrbuch 1994 für das Ausland. Wiesbaden.

Der Mensch braucht jedoch während mehrerer Lebensabschnitte Zuwendung und Hilfe, insbesondere als Kind, bei ernsthafter Erkrankung und häufig im Alter. Weil die unterstützende Funktion der Gross- oder selbst der Kleinfamilie nunmehr fehlt, fühlen sich innovative Politiker aufgerufen, in die Lücke zu springen. In der Folge werden die obligatorische Krankenversicherung, das Pensionssystem - mehrheitlich durch die staatliche Bürokratie geleitet - und Kinderzulagen eingeführt. So ist der Wohlfahrtsstaat - abgesehen von der reinen Umverteilung, die oft mit diesen Systemen verbunden ist - teilweise eine politische Reaktion auf Veränderungen durch den kapitalistischen Fortschritt. Mit steigender durchschnittlicher Lebenserwartung und fallender Kinderzahl steigt die Bevölkerung zunächst an und fällt dann wieder. Die Überalterung der Bevölkerung wirkt sich immer stärker aus. Die Konsequenz dieser Entwicklung ist eine Verschlechterung der Finanzlage der Pensionsfonds; das führt zu zusätzlichen sozialen und politischen Problemen.

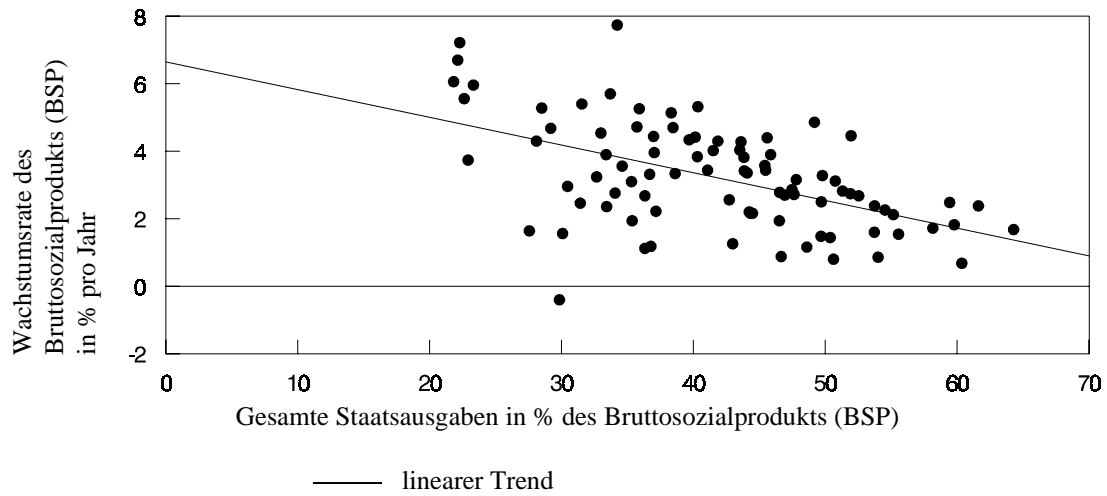
Abbildung 8: Entwicklung der Zahl der Lebendgeborenen je 1000 Einwohner, 1850-1992



Quelle: Statistisches Bundesamt (1994): Statistisches Jahrbuch 1994 für das Ausland. Wiesbaden.

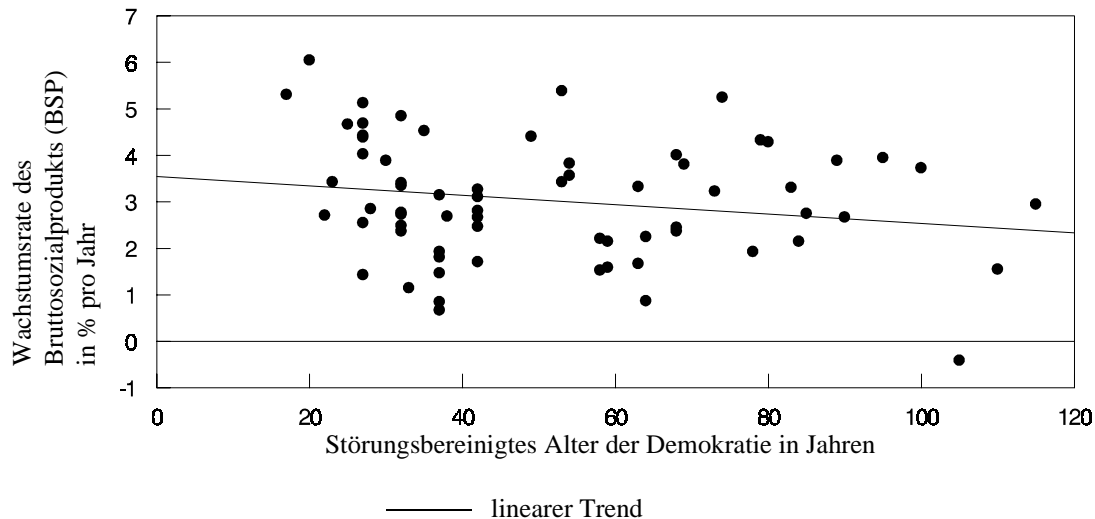
Die beschriebenen Zusammenhänge haben zur Folge, dass steigende Wohlfahrt einerseits mit einer grösseren persönlichen Unabhängigkeit der Individuen von familiären und gesellschaftlichen Einschränkungen, andererseits mit einer zunehmenden Macht des Staates und einer anonymen Bürokratie verbunden ist, die wiederum die persönliche Freiheit einschränken. Der steigende Anteil der Staatsausgaben am Bruttosozialprodukt und vermehrte Regulierungen führen zu einer Last, die als nicht mehr tragbar empfunden wird, vor allem weil dadurch die Effizienz und Innovationsfreudigkeit geschwächt und somit die Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts gesenkt wird (Bernholz 1986, 1990; Marlow 1986; Peden und Bradley 1989; Weede 1986, 1990; Tanzi und Schuknecht 1997; vgl. die Abbildungen 9 und 10). Schliesslich gerät der Wohlfahrtsstaat in die Krise.

Abbildung 9: Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts (BSP) in Abhängigkeit von der Staatsausgabenquote, 1972/74-1985/89



OECD-Länder. Einschliesslich Sozialversicherungssystem. Quelle: OECD Economic Outlook. Verschiede Jahrgänge. Paris.

Abbildung 10: Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts (BSP) in Abhängigkeit vom störungs bereinigten Alter der Demokratie, 1972/74-1985/89



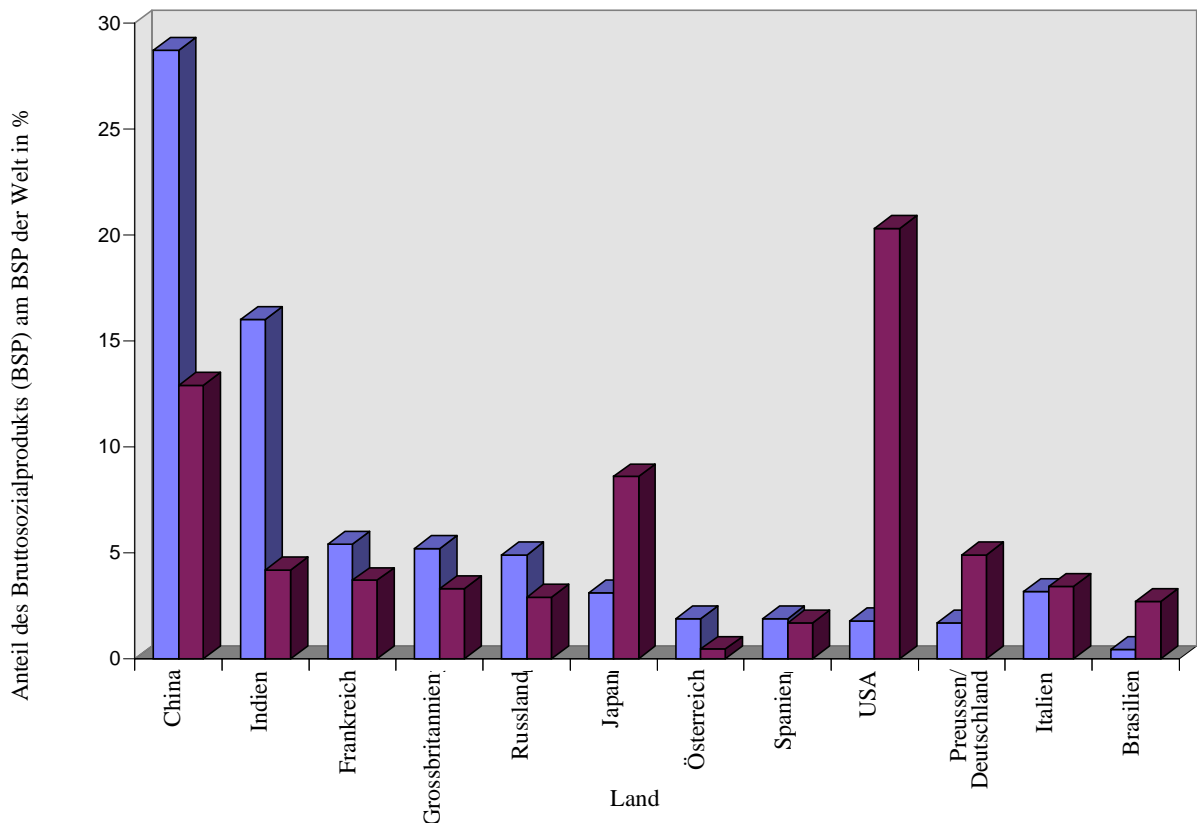
Alter bereinigt um Kriege und Revolutionen. Quelle: OECD Economic Outlook. Verschiede Jahrgänge. Paris.

6. Aussenpolitische Konsequenzen

Militärische Stärke und aussenpolitischer Einfluss eines Landes (letzterer wegen des implizierten Drohpotentials) im Vergleich zu anderen Ländern werden - abgesehen von der Grösse seines Territoriums und seiner Bevölkerung - durch dessen wirtschaftliches Potential bestimmt. Ein reiches Land kann ferner in Verhandlungen mehr anbieten als ein armes und geniesst normalerweise zusätzliche Vorteile, da die Qualität der Rüstungstechnologie regelmässig positiv vom Stand der wirtschaftlichen Entwicklung beeinflusst wird.

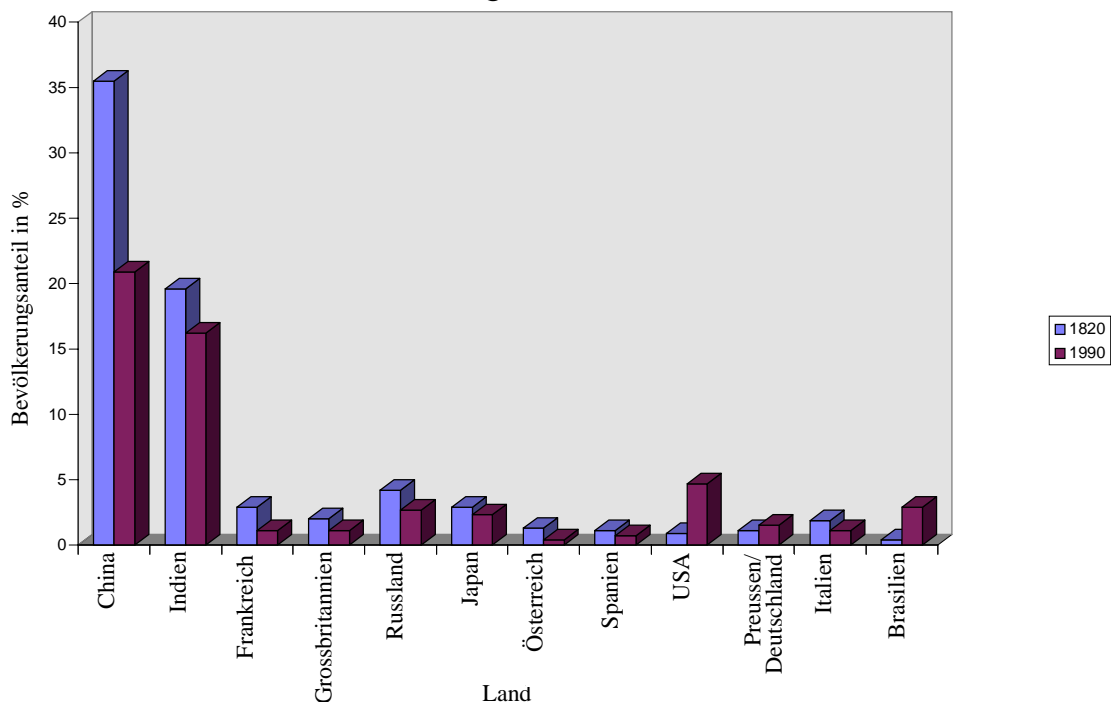
Diese Beziehungen werden offensichtlich, wenn man die wichtigsten Wirtschaftsmächte, gemessen am Anteil ihres Bruttosozialprodukts an dem der Welt, in den Jahren 1820 und 1992 betrachtet (vgl. die Abbildung 11). Man sieht, dass alle Staaten, die damals als Grossmächte angesehen wurden, zur Gruppe dieser Wirtschaftsmächte gehören. Offensichtlich muss aber noch erklärt werden, warum nicht alle Wirtschaftsmächte, wie zum Beispiel China und Indien, im Jahre 1820 Grossmächte waren. Man sieht sofort, dass die Antwort auf diese Frage nicht von der Bevölkerungsgrösse abhängen kann (vgl. die Abbildung 12); denn China und Indien hatten in den Jahren 1820 und 1992 die höchste Bevölkerungszahl. Auch Brasilien, das die viertgrösste Bevölkerungszahl im Jahre 1992 aufwies, gehörte nicht zu den G7 oder G8, der Gruppe jener sieben oder acht Länder, die heute als die wichtigsten gelten.

Abbildung 11: Die wichtigsten Wirtschaftsmächte, gemessen am Bruttonationalprodukt (BSP), 1820 und 1990



Anm: Italien und Deutschland waren 1820 keine Staaten. Deutschland wurde durch Preussen ersetzt. Quelle: Maddison, Angus (1995): Monitoring the World Economy, 1820-1992. OECD, Development Centre Studies, Paris.

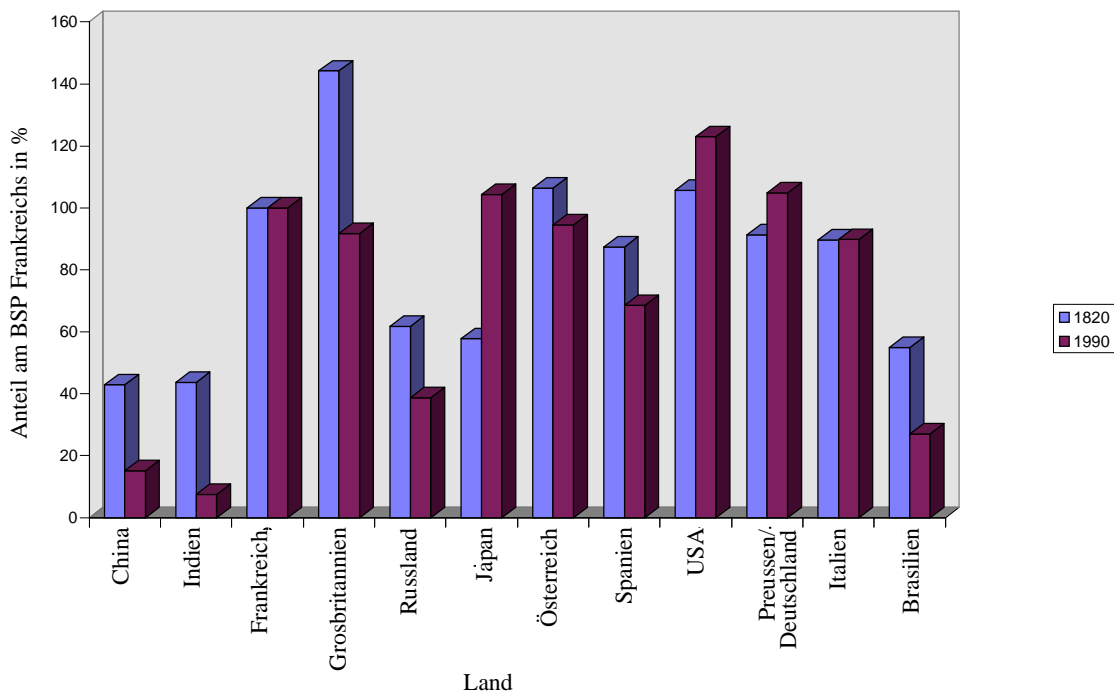
Abbildung 12: Anteil der Bevölkerung der führenden Wirtschaftsmächte an der Weltbevölkerung, 1820 und 1990



Quelle: Maddison, Angus (1995): Monitoring the World Economy, 1820-1992. OECD, Development Centre Studies, Paris.

Man findet eine Antwort auf die oben gestellte Frage, wenn man das Pro-Kopf-Bruttosozialprodukt verschiedener Länder mit dem von Frankreich vergleicht, also ihr relatives technologisches und wirtschaftliches Potential betrachtet (vgl. die Abbildung 13). Frankreich wurde als Referenzland gewählt, weil es um 1800 wahrscheinlich die mächtigste der damaligen Grossmächte war. China und Indien haben in diesem Vergleich die schlechteste Position inne, während Brasilien 1992 den drittletzten Platz belegte. Russland kam in diesem Jahr auf den viertletzten Rang.

Abbildung 13: Bruttosozialprodukt (BSP) pro Kopf der führenden Wirtschaftsmächte in Prozent des französischen BSP pro Kopf



Anm: Italien und Deutschland waren 1820 keine Staaten. Deutschland wurde durch Preussen ersetzt. Quelle: Maddison, Angus (1995): Monitoring the World Economy, 1820-1992. OECD, Development Centre Studies, Paris.

Es ist erstaunlich, dass lediglich zwei ökonomische Datensätze - nämlich für das Bruttosozialprodukt und das Pro-Kopf-Bruttosozialprodukt - ausreichen, um die aus militärischer und (oder) aussenpolitischer Sicht stärksten Nationen herauszufinden. Also kann man wahrscheinlich Schlüsse auf die zukünftige Entwicklung der internationalen Machtverhältnisse ziehen, falls man das derzeitige wirtschaftliche Potential der Länder mit Prognosen über das Wachstum der Bevölkerung und des Bruttosozialprodukts verbinden kann, die nicht allzu unzuverlässig sind.

7. Ein Konflikt der Kulturen?

Alle diese Entwicklungen fanden im Westen statt und hatten offensichtlich einen starken Einfluss auf die westliche Kultur. Die Möglichkeiten, die sich durch steigenden Wohlstand und immer mehr Güter dem einzelnen bieten, die zunehmende Mobilität und die Berührung mit anderen Kulturen und Überzeugungen, das Ende der Gross- und zum Teil auch der Kleinfamilie brachten eine Schwächung des Christentums mit sich, seiner Macht über das Volk und des Einflusses seiner moralischen Gebote. Es fand eine Säkularisierung statt, und jedermann war ganz davon in Anspruch genommen, seine eigene Karriere zu verfolgen, Geld zu verdienen, persönliche Verwirklichung zu suchen und die vielen erreichbaren Güter dieser Welt zu genießen.

Diese Entwicklung bedeutet jedoch nicht, dass die Entfaltung der Marktwirtschaft mit privatem Eigentum die moralischen und ethischen Regeln sowie die Familien- und Gesellschaftsbanden nur zerstörte. Ganz im Gegenteil: Sie schuf zur selben Zeit ihre eigenen Regeln und ihre eher unpersönlichen Bindungen. Arbeitsdisziplin, Fleiss, Kreativität, Sparen und die gegenseitige Respektierung vor Eigentumsrechten wurden sämtlich durch dieses System gefördert, ebenso wie Vertrauen und Zuverlässigkeit unter Handelspartnern, Gläubigern und Schuldern und unter den Arbeitnehmern und Arbeitgebern in Firmen und anderen Organisationen. Jeder einzelne ist jetzt gebunden an und wird unterstützt durch die im grossen und ganzen verlässlichen, aber oft unpersönlichen und anonymen Marktverhältnisse. Gesetze und Institutionen wurden eingeführt, um die Unantastbarkeit der Verträge, die Unverletzlichkeit der Eigentumsrechte und die Stabilität des Geldes zu schützen. Demokratien, die im Gefolge der wirtschaftlichen Entwicklung des Westens entstanden, zeichnen sich durch die Einführung der Gewaltenteilung, Rechtssicherheit, unabhängige Gerichte und durch Parteien aus, die um Wählerstimmen kämpfen. Diese und andere Entwicklungen führten zur Überwindung autokratischer Regime, zur Beschränkung der Korruption und willkürlicher Staatseingriffe.

Wie in der Vergangenheit, so kann auch heutzutage der Versuch, freie Märkte und privates Eigentum in nicht-westlichen Gesellschaften einzuführen, zu Konflikten mit den dort herrschenden Werten führen. Daher können solche

Reformen unangemessen sein und sich verzögern. Das kann zu Krisen führen, welche die traditionellen Werte und Überzeugungen stärken, so dass die Ablehnung eines Regimes freier Märkte noch zunimmt. In diesem Fall kann das Wachstum des Pro-Kopf-Einkommens verlangsamt oder verhindert werden oder sogar negativ sein. Die Folge ist, dass die jeweiligen Staaten relativ schwach bleiben und kaum eine Chance haben, sich zu Demokratien zu entwickeln. Eine weitere wichtige Folge betrifft die Frage, ob Krieg oder Frieden herrscht. Es scheint jetzt bewiesen zu sein, dass ein Krieg zwischen Demokratien sehr unwahrscheinlich ist (Bremer 1992, Maoz und Russett 1992, 1993, Ray 1995, Russett 1993, 1995, Weede 1996b). Das gilt nicht für ihre Beziehung zu Autokratien, da sie nicht die geeigneten Vorbereitungen treffen, deren Angriffe zu verhindern. Autokratien schliesslich führen untereinander oft Krieg (Oneal und Ray 1996, Oneal und Russett 1997). So können nicht nur Armut, Korruption und fehlende Rechtssicherheit, sondern auch Kriege eine Folge davon sein, dass kein Regime freier Märkte eingeführt wurde.

Falls andererseits aber institutionelle Reformen bis zu einem gewissen Grad erfolgreich sind, beginnt die wirtschaftliche Entwicklung. Wie wir gesehen haben, wird wirtschaftliches Wachstum im Laufe der Zeit jene Werte der Gesellschaften abschwächen und wandeln, die mit einem gut funktionierenden Regime des freien Marktes in Konflikt stehen. Mit der Zeit müssen mehr und mehr marktkonforme Institutionen, Rechtssysteme und Verhaltensregeln eingeführt werden, um den Wachstumsprozess aufrecht zu erhalten. Ich habe daher immer daran gezweifelt, dass es einen speziellen und vielleicht sogar überlegenen Weg gibt, kapitalistische Entwicklung und konfuzianische oder japanische Tradition miteinander zu verbinden. Die jüngste Wirtschaftskrise in Japan und mehreren südostasiatischen Ländern scheint diese Hypothese zu untermauern. Nur jene Werte traditioneller Kulturen können und werden sich behaupten, die den freien Markt, verlässliche Rechtssysteme und normative Strukturen sowie die Sicherheit des Privateigentums nicht behindern oder sogar fördern.

Die Bevorzugung von Konglomeraten wie in Südkorea oder lebenslange Beschäftigung und Unterstützung durch dieselbe Firma wie in Japan gehören nicht zu solchen Institutionen, da sie den Wettbewerb einschränken oder verzerren und sich nicht gegen Restrukturierungskräfte behaupten können, die für den Entwicklungsprozess charakteristisch sind. Auch ein Netzwerk aus-

gedehnter Familien- oder Freundschaftsbeziehungen wie in China kann nicht in ausreichendem Masse ein zuverlässiges und durchsetzbares Rechtssystem ersetzen, wenn die Wirtschaft immer komplexer wird. Die Planung des MITI und seine Zusammenarbeit mit den Firmen in Japan, um zusätzliches Wachstum zu erreichen, muss Probleme hervorrufen, sobald der Aufholprozess abgeschlossen ist und die Firmen gezwungen sind, in bislang unbekannter Richtung selbst innovativ zu werden.

Man kann - und ich gehöre dazu - mit den Anstrengungen von Lee Kuan Yew in Singapur sympathisieren, der westliche Degeneration verhindern will, oder mit islamischen Bewegungen, welche die lockere Moral und den weltlichen und materialistischen Geist des Westens verurteilen. Aber eine Theokratie zum Beispiel, die auf dem Rechtssystem der Scharia beruht, erlaubt nur dann eine wirtschaftliche Entwicklung mit allen ihren Vorzügen, wenn der Islam nicht in diesem Sinne interpretiert wird, was durchaus möglich scheint (Weede 1998). Es bleibt abzuwarten, ob die Anstrengungen von Lee und seiner Gefolgschaft dem Angriff des Kapitalismus auf ihr Wertesystem standhalten können, wenn Singapur als Folge des Kapitalismus einmal eine ausgewachsene Demokratie geworden ist. Das mag bedauerlich sein, aber die konstruktive Frage ist, ob und wie die Degeneration, die mit dem Kapitalismus verbunden ist, verhindert werden kann, ohne wirtschaftliches Wachstum zu beenden oder stark zu behindern. Zumindest im Augenblick scheint für dieses Problem keine Lösung in Sicht zu sein.

Literatur

Berman, Harold J. (1983): *Law and Revolution*, Cambridge, MA und London: Harvard University Press

Bernholz, Peter (1986): Growth of Government, Economic Growth and Individual Freedom, *Journal of Institutional and Theoretical Economics (Zeitschrift für die Gesamte Staatswissenschaft)* 142, 661-683.

Bernholz, Peter (1990): The Completion of the Internal Market: Opportunities and Dangers Seen from an Institutional Perspective. In: *The Macroeconomics of 1992*. Brussels: Papers from CEPS Macroeconomic Policy Group. CEPS Paper No. 42.

Bernholz, Peter (1995): Efficiency, Political-Economic Organization and International Competition Between States. In: Radnitzky, Gerard und Bouillon, Hardy (eds.): *Values and the Social Order, Volume 2: Society and Order*. Aldershot, Brookfield, USA und Hong Kong: Avebury. pp. 157-198.

Bernholz, Peter, **Streit**, Manfred E. und **Vaubel**, Roland (eds.) (1998): *Political Competition, Innovation and Growth*. Berlin, Heidelberg und New York: Springer

Bollen, K. A. und **Jackman**, R. (1985): Economic and Non-Economic Determinants of Democracy in the 1960s. *Research in Political Sociology* 1, 27-48.

Bresciani-Turoni, Costantino (1948): *Einführung in die Wirtschaftspolitik*. Bern: Francke

Bremer, S. A. (1992): Dangerous Dyads: Interstate War, 1816- 1965. *Journal of Conflict Resolution* 36, 309-341.

Burkhart, R. E. und **Lewis-Beck**, M. S. (1994): Contemporary Democracy: The Economic Development Thesis. *American Economic Review* 88, 903-910.

Hilferding, Rudolf (1910): Das Finanzkapital. In: *Marx-Studien*, 3. Band, Wien.

Jones, Eric L. (1981): *The European Miracle*, Cambridge: Cambridge University Press.

Lenin, Vladimir I. (1917/21): *Der Imperialismus als jüngste Etappe des Kapitalismus*. Bibliothek der Kommunistischen Internationale, vol. IX, Hamburg.

Lipset, Seymour M., **Scong**, K. R. und **Torres**, J. C. (1993): A Comparative Analysis of the Social Requisites of Democracy. *International Social Science Journal* 136, 155-175.

Maoz, Z. und **Russett**, B. M. (1992): Alliance, Contiguity, Wealth and Political Stability: Is the Lack of Conflict Among Democracies an Artifact? *International Interaction* 17, 245-267.

Maoz, Z. und **Russett**, B. M. (1993): Normative and Structural Causes of Democratic Peace, 1946-1986. *American Political Science Review* 87, 624-638.

Marlow, Michael L. (1986): Private Sector Shrinkage and the Growth of Industrialized Economies. *Public Choice* 49 (2), 143-154.

Marx, Karl and **Engels**, Friedrich (1848/1970): *Das Kommunistische Manifest*. Berlin: Dietz

North, Douglass C. (1981): *Structure and Change in Economic History*. New York: W.W. Norton & Co.

North, Douglass C. und **Thomas**, Robert P. (1973): *The Rise of the Western World: A New Economic History*, Cambridge, MA: Cambridge University Press.

Oneal, J. R. und **Russett**, B. M. (1997): The Classical Liberals Were Right: Democracy, Interdependence and Conflict, 1950-1985. *International Studies Quarterly* 41, 267-293.

Oneal, J. R. und **Ray**, J. L. (1996): New Tests for Democratic Peace Testing for Interdependence, 1950-1985. *Paper Presented at the Annual Meeting of the International Studies Association*, 16.-20.4.1996, San Diego, CA.

Peden, Edgar A. und **Bradley**, Michael D. (1989): Government Size, Productivity, and Economic Growth: The Post-War Experience, *Public Choice* 61, 229-245.

Ray, J. L. (1995): *Democracy and International Conflict*. Columbia: University of South Carolina Press.

Russett, Bruce M. (1993): *Grasping the Democratic Peace*. Princeton: Princeton University Press.

Russett, Bruce M. (1995): The Democratic Peace: And Yet it Moves. *International Security* 19, 164-175.

Schumpeter, Joseph A. (1912, 1934, 1949): *Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung. Eine Untersuchung über Unternehmergewinn, Kapital, Kredit, Zins und den Konjunkturzyklus*, Berlin: Duncker und Humblot 1993, 8. Aufl.

Tanzi, Vito und Schuknecht, Ludger (1997): Reforming Government: An Overview of Recent Experience, *European Journal of Political Economy* 13 (3), 395-417.

Weede, Erich (1986): Catch-up, Distributional Coalitions and Governments as Determinants of Economic Growth or Decline in Industrialized Societies, *British Journal of Sociology* 37, 194-220.

Weede, Erich (1990): *Wirtschaft, Staat, Gesellschaft*. Tübingen: J.C.B. Mohr.

Weede, Erich (1996a): *Economic Development, Social Order and World Politics*. Boulder, CO: Lynne Rienner.

Weede, Erich (1996b): Correspondence: Democratization and the Danger of War. *International Security* 14, 180-183.

Weede, Erich (1998): Islam and the West: How Likely is a Clash of these Civilizations? *International Review of Sociology* 8 (2), 183-195.